

Niederschrift

über die 9. Sitzung des Integrationsrates am 19.01.2016
(9. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	3
1 Vorstellung der Einrichtung im "Pappkarton" durch Frau Furchheim	3
2 Flüchtlingssituation in Meerbusch	3
2.1 Verweildauer	4
2.2 Unbegleitete Jugendliche	4
2.3 Beschulung	4
2.4 Aktueller Stand der Planung	5
3 Informationsaustausch mit dem jüdischen Zentrum in Krefeld und Besichtigung der Synagoge	5
4 Planungen für das Jahr 2016	5
5 Nächste Sitzung 15. März 2016	5
6 Verschiedenes	6

Sitzungsort: Begegnungsstätte "Pappkarton" am Fouesnant-Platz in Strümp

Beginn der Sitzung: 17:30 Uhr

Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Ingrid Maas Integrationsrat

Mitglieder

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

Frau Katja Giesen Ratsmitglied

Herr Daniel Meffert Ratsmitglied

Herr Hayrettin Polat Integrationsrat

Frau Dorothea Stracke-Egermann Integrationsrat

Stellvertretendes Mitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Peter Annacker Bereichsleiter Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Anja Flintrop Fachbereich 2

es fehlen:

Mitglieder

Herr Dr. Erhard Hartung Integrationsrat

Frau Helga Hermanns Ratsmitglied

Frau Mary Bernadette Weihs Integrationsrat

von der Verwaltung

Frau Bettina Scholten Fachbereich 2

Öffentliche Sitzung

1 Vorstellung der Einrichtung im "Pappkarton" durch Frau Furchheim

Frau Furchheim stellt die Begegnungsstätte für Flüchtlinge im Pappkarton vor: Neben einem Café, das Kuchen und Getränke anbietet und über einen kostenlosen Wifi Zugang verfügt, gebe es für Flüchtlinge und andere Bedürftige die Möglichkeit, sich in der Kleiderkammer gegen eine Spende Kleidung auszusuchen. Gespendet würden die Sachen von Meerbuscher Bürgern; die Organisation und Belieferung des Pappkartons erfolge über den Verein „Meerbusch hilft“. Die Einnahmen aus dem „Verkauf“ würden für Neuanschaffungen genutzt werden. Die Einrichtung stelle einen Computer nebst Drucker für die Besucher zur Verfügung, darüber hinaus sei die Anschaffung eines zusätzlichen Laptops geplant, der durch Spenden finanziert werden solle.

Die größte Herausforderung, so Frau Furchheim weiter, seien die Sprachbarrieren. Zur Kommunikation mit den Besuchern würde man sich gelegentlich mit Übersetzerprogrammen auf dem Handy behelfen. Einmal in der Woche gäbe es jedoch Unterstützung durch einen Übersetzer aus Bösinghoven. Die regelmäßig angebotenen Deutschkurse erfreuten sich großer Beliebtheit. Die Motivation der Flüchtlinge Deutsch zu lernen sei sehr hoch.

Auf Nachfrage von Frau Maas erklärt Frau Furchheim, dass hauptsächlich Bewohner der nahe gelegenen Turnhalle in die Einrichtung kämen und eher selten Bewohner aus anderen Stadtteilen. Um sich an die Speisezeiten in der Turnhalle zu orientieren, wären kürzlich auch die Öffnungszeiten der Kleiderkammer angepasst worden. Sie erhoffe sich durch die geplante Montage eines Wegweisers am Parkplatz vor dem Eingang der Einrichtung, dass zukünftig auch ortsfremde Flüchtlinge in die Einrichtung kämen.

Frau Maas fragt, ob Kleidung auch ohne Spende abgegeben werde? Frau Furchheim berichtet, dass die Erstaussstattung immer kostenlos sei; die Ausgabe, so präzisiert Herr Annacker, erfolge in der Erstaufnahmeeinrichtung. Die Ausgabe in der Kleiderkammer sei sozusagen zusätzlich zu sehen. Gelegentlich, so Frau Furchheim, werde Kinderspielzeug auch ohne Spende verschenkt.

Herr Focken erinnert daran, dass die Kleiderkammer auch Bedürftigen offen stehe, die nicht zu der Gruppe der Flüchtlinge gehöre. Frau Furchheim bestätigt, dass diese Personen ab und zu auch die Kleiderkammer aufsuchen.

Herr Meffert erkundigt sich nach dem Austausch ähnlicher Einrichtungen in anderen Städten. Derzeit, so Frau Furchheim, seien noch keine Kontakte aufgebaut.

2 Flüchtlingssituation in Meerbusch

Herr Maatz stellt die aktuelle Situation der Unterbringung von Flüchtlingen in Meerbusch dar. Die seit Sommer 2015 eingerichteten Einrichtungen im Mataré-Gymnasium und im Meerbusch-Gymnasium böten zusammen Platz für ca. 600 Flüchtlinge. Die Geflohenen blieben in der Regel für 1 – 2 Wochen in den Unterkünften, bevor sie in andere Städte oder Bundesländer weiter reisten. Aufgrund von Ansteckungsgefahr gebe es momentan einen Transferstopp, da in zwei Einrichtungen Menschen an Windpocken erkrankt seien. Da sich zwischenzeitlich die Landesregierung entschieden habe, eigene Kapazitäten für die Erstaufnahme von Flüchtlingen zu schaffen, könnten die Turnhallen der beiden Gymnasien alsbald zurückgegeben werden. Die Bezirksregierung erwarte über die Kreisverwaltung Vorschläge, zu welchem Zeitpunkt dies erfolgen könne. Gemeldet sei die Rückgabe der Einrichtungen zum 30.04.2016. Sollte die Bezirksregierung diesen Termin nicht bis zum 31.01.2016 bestätigen, verlängere sich die Beibehaltung der Einrichtungen um einen Monat.

Problematisch sei, so Herr Maatz weiter, dass durch Wegfall der Erstaufnahmen die originären Zuweisungen wieder anlaufen würden, die zuletzt mit 40 Flüchtlingen pro Woche (Stand November 2015) sehr hoch gewesen seien. Die Verwaltung arbeite gerade an Lösungswegen zur Unterbringung dieser Personen. Entsprechende Vorschläge würde der Rat der Stadt bis Ende des Monats erhalten.

2.1 Verweildauer

Herr Maatz führt aus, dass eine tatsächliche Verweildauer der Flüchtlinge in Meerbusch schlecht darzustellen sei, da sie sehr individuell sei. Grundsätzlich würden die Flüchtlinge 1-2 Wochen in Meerbusch verbleiben, bevor sie in andere Städte weiter geleitet werden würden. Da man im Vorhinein nicht wüsste, wohin die Flüchtlinge weitergeleitet werden würden, käme es auch zu Fällen, dass Flüchtlinge aus Meerbusch in die Unterkunft nach Meerbusch zurückkämen.

Auf Nachfrage von Herrn Focken gibt Herr Annacker an, dass derzeit 35 anerkannte Asylberechtigte noch in den Unterkünften lebten, weil sie keine Wohnung auf dem freien Wohnungsmarkt fänden. Hier würde mit Hilfe der Wohnungsnothilfe nach bezahlbarem Wohnraum gesucht. Der Wohnungsmarkt in Meerbusch verfüge jedoch über wenig Angebote im niedrigen Preissegment.

2.2 Unbegleitete Jugendliche

Herr Annacker berichtet über die Situation der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Meerbusch: Aktuell seien 35, ausschließlich männliche Flüchtlinge, vorwiegend aus Afghanistan, zu jeweils 6 Personen in Mobilwohnheimen untergebracht. Da für diese Personengruppe besondere Unterbringungs- bzw. Betreuungsstandards gelten würden, wohnten diese separat und nicht in den Notunterkünften. Eine Schwierigkeit bestehe darin, dass aufgrund fehlender Nachweise das genaue Alter der Ankommenden oftmals nicht zweifelsfrei festgestellt werden könne.

Die Versorgung der jungen Flüchtlinge erfolge im 24 Stunden Dienst über die Johanniter. Zusätzlich führten Sozialarbeiter ein sogenanntes Clearing durch, um die Potentiale der Jugendlichen zu erfassen und nach geeigneten Jugendhilfeeinrichtungen oder Pflege- bzw. Gastfamilien zu suchen. Neben einem Sprachkurs bei der Volkshochschule Sorge auch die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter für einen nahtlosen Übergang in die Berufswelt. Bis zur Aufnahme einer geeigneten Anschlussmaßnahme blieben die Jugendlichen in der Obhut des Jugendamtes.

2.3 Beschulung

Herr Maatz stellt heraus, dass nachdem das Jahr 2015 in erster Linie durch die Flüchtlingsversorgung geprägt gewesen sei, es nun notwendig werde, sich verstärkt mit dem Thema Integration zu beschäftigen. Bestand anfänglich die Gruppe der Flüchtlinge hauptsächlich aus alleinstehenden, jungen Männern, seien nun auch verstärkt Frauen, Familien und Kinder unter den Flüchtlingen. Diese Veränderung in der Zusammensetzung der Ankommenden müsse mit entsprechenden Angeboten durch die Stadt Berücksichtigung finden. Derzeit erfolge ein intensiver Austausch mit anderen Städten zu diesem Thema. In Meerbusch sei die Beschulung der ankommenden Kinder bzw. Jugendlichen sowohl für den Grundschulbereich als auch auf die weiterführenden Schulen sicher gestellt. Bei Bedarf könne man noch weitere 120 Schulplätze in der ehemaligen Hauptschule am Wienenweg schaffen.

Herr Mocka fragt an, ob es eine Möglichkeit gebe, die Schüler auf alle Schulen im Stadtgebiet zu verteilen. Grundschüler würden bereits in den allgemeinen Klassen unterrichtet, so die Beantwortung durch Herrn Maatz, allerdings seien die Seiteneinsteigerklassen auf den weiterführenden Schulen

zentral organisiert und jahrgangsunabhängig. Die Planung der Seiteneinsteigerklassen erfolge über die untere Schulaufsicht in Zusammenarbeit mit dem kommunalen Integrationszentrum des Kreises.

Herr Focken erklärt, dass für eine gute Integration in allen Stadtteilen Meerbuschs Angebote geschaffen werden müssten. Herr Maatz betont, dass man natürlich versuchen würde, die Standards zu halten. Dies sei jedoch auch abhängig von der zukünftigen Zuweisungsquote. Im Zusammenhang mit der Beschulung sei die Stadt derzeit aber erst einmal gut aufgestellt.

2.4 Aktueller Stand der Planung

Herr Maatz berichtet, dass die Verwaltung momentan an einem Vorschlag zur Errichtung eines Runden Tisches arbeite, der die Erstellung eines Integrationskonzeptes zum Ziel habe. Hierzu gebe es einen entsprechenden Antrag der SPD. Der Antrag wird durch Frau Maas vorgelesen. (siehe Anlage 1). Der runde Tisch, so Herr Maatz weiter, solle aus haupt- und ehrenamtlichen Kräften bestehen.

Frau Maas erinnert daran, dass bereits vor den großen Flüchtlingsströmen der jüngsten Zeit, die Erstellung eines Integrationskonzeptes für Meerbusch geplant gewesen sei und auch das Integrationskonzept des Rhein-Kreises Neuss aktuell unter Mitwirkung der Kommunen überarbeitet werden würde. Sie gehe davon aus, dass auch der Integrationsrat an der Erstellung des Integrationskonzeptes der Stadt beteiligt werden würde.

3 Informationsaustausch mit dem jüdischen Zentrum in Krefeld und Besichtigung der Synagoge

Vor dem Hintergrund der zunehmend fremdenfeindlichen Tendenzen in der Öffentlichkeit schlägt Frau Maas vor, dass der Integrationsrat sich weiter mit dem Thema der interkulturellen Vernetzung beschäftigen sollte und schlägt einen gemeinsamen Termin zur Besichtigung der Synagoge in Krefeld vor. Die Mitglieder stimmen zu. Nach Absprache solle ein Terminvorschlag durch die Verwaltung erfolgen.

4 Planungen für das Jahr 2016

Ideensammlung für mögliche Themen der nächsten Sitzungen:

- Zusammenarbeit mit den politischen Fraktionen
- Kommunales Wahlrecht für Nicht EU – Bürger
- Kontakt zum Mütterzentrum

Frau Maas bittet um weitere Vorschläge der Mitglieder.

5 Nächste Sitzung 15. März 2016

6 Verschiedenes

Herr Focken erklärt, dass in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses der neue Seniorenbeirat bestellt werde und schlägt vor, dass zukünftig auch Migranten daran beteiligt werden sollten.

Meerbusch, den 18. Februar 2016

Ingrid Maas
Vorsitzender

Anja Flintrop
Schriftführer/in